



Foto: Tobias Koch

Interview mit der neuen Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Yvonne Magwas MdB

Sprachrohr der weiblichen Abgeordneten

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Arbeit der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beispielsweise bei der Reform des Sexualstrafrechts und des Prostituiertenschutzgesetzes mit dazu beigetragen, dass sich viel für die Frauen verbessert hat. Welche frauenpolitischen Schwerpunkte haben Sie jetzt in den Blick genommen?

Für die inhaltliche Arbeit liefert der Koalitionsvertrag eine sehr gute Grundlage. Jetzt muss Fahrt aufgenommen werden! Wir werden uns unter anderem dafür einsetzen, dass das Recht auf befristete Teilzeit zügig gesetzlich verankert wird. Damit wird eine Forderung erfüllt, für die wir uns schon lange einsetzen. Teilzeit darf nicht zur Teilzeitfalle werden – deswegen brauchen wir schnell ein Rückkehrrecht zu Vollzeit. Mein herzlicher Dank in diesem Zusammenhang gilt Annette Widmann-Mauz, Nadine Schön, Karin Maag und den vielen Frauen, die in den Koalitionsvertragsverhandlungen frauenpolitische Schwerpunkte durchgesetzt haben.

Uns ist es zudem wichtig, dass Frauen Sprachrohr in allen Bereichen, über die „klassischen“ Themen hinaus, sind. Die Bundestagswahl hat wieder einmal gezeigt, dass Frauen überdurchschnittlich Union wählen. Es ist deshalb wichtig, auf die politische Ausrichtung insgesamt Einfluss zu nehmen. Frauen, die Union wählen, sollen auch die Politik bekommen, für die sie uns wählen.

Der Frauenanteil in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bei der letzten Bundestagswahl leider stark zurück-

gegangen. Nur noch 49 von 247 Unionsabgeordneten sind Frauen. Mit welchen Instrumenten könnte der Frauenanteil erhöht werden?

Aus meiner Sicht liegt der Schlüssel bei den Direktmandaten. Frauen müssen vermehrt als Direktkandidatinnen in den Wahlkreisen aufgestellt werden. Beim Blick auf die letzte Bundestagswahl gibt es starke regionale Unterschiede. Ein ausgesprochen positives Beispiel ist der Landesverband Schleswig-Holstein mit 40 Prozent weiblichen direkt gewählten Abgeordneten. Mein Heimatlandesverband Sachsen ist mit 25 Prozent zumindest vorzeigbar. Aber das in einem so großen Landesverband wie Baden-Württemberg nur 3 von 38 direkt gewählte Abgeordnete Frauen sind, muss man schlicht als krasses Organisationsversagen des Landesvorstandes bezeichnen. Die Landesverbände müssen jetzt damit beginnen, Frauen für 2021 zu unterstützen und aufzubauen.

Wie lassen sich trotzdem in der Fraktion die Interessen von Frauen durchsetzen?

Wir sind mit 49 Frauen eine schlagkräftige und gut vernetzte Truppe. Wir stellen die Kanzlerin, drei Bundesministerinnen, hinzu kommen Staatsministerinnen, Staatssekretärinnen, stellv. Fraktionsvorsitzende und fachpolitische Sprecherinnen in der Fraktion. Unsere Frauen arbeiten in allen Ausschüssen mit, sind also breit aufgestellt und mit viel Fachkompetenz ausgestattet.

Auch in den Kommunalparlamenten liegt der Frauenanteil bei durchschnittlich 25 Prozent. Vor allem in

kleineren Kommunen gibt es immer noch „frauenfreie“ Räte. Was ist zu tun?

Frauen müssen auf den Listen gute Plätze bekommen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen passen – „familienfreundliche“ Räte würde ich sagen, mit Anfangs- und Endzeit, effizienter Beratung, etc. Dies gilt natürlich für Männer gleichermaßen, die Familienarbeit übernehmen.

Aber auch das Wahlverhalten ist in den Blick zu nehmen. Oft scheinen Frauen eher Männer zu wählen, Frauen sollten auch einmal gezielt Frauen wählen.

In der Debatte zum Weltfrauentag beschrieben Sie eine Gefahr für das moderne Frauenbild in Deutschland. Wo liegt diese?

Das moderne Frauenbild gerät von zwei Seiten unter Druck. Einerseits durch das patriarchalische Frauen- und Familienbild von Teilen der muslimischen Mitbürger. Ein derartiges Frauenbild ist weder mit unserem Grundgesetz vereinbar noch wollen wir das in Deutschland im 21. Jahrhundert haben. Andererseits durch die AfD, die sich gegen Gleichberechtigung und Wahlfreiheit für Frauen stellt und ihnen vorschreiben möchte, wie sie ihr Leben zu leben haben. Ich habe hohen Respekt für Frauen, die sich für Familie und Erziehung entscheiden. Ich möchte aber nicht wie die AfD Frauen bevormunden. Frauen, die Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen, sind keine schlechteren Mütter. Jeder Mann, der mehr Verantwortung in der Familie übernimmt, ist für mich ein positives Beispiel. Frauen können und wollen selbst entscheiden, wie sie leben. Sie brauchen keine ideologische Bevormundung.

Welche Auswirkungen haben Debatten, in der sich Frauen beispielsweise unter dem Stichwort #metoo über Ihre Erfahrungen austauschen?

Grundsätzlich positive. Derlei Debatten sensibilisieren und machen den Frauen Mut, die sich bis jetzt nicht getraut haben, darüber zu sprechen. Richtig ist, dass sich in den Köpfen vieler Männer einiges ändern muss. Es gilt aber auch – wie bei vielen emotionalen Debatten – nicht zu überziehen. Oftmals hilft eine Art Perspektivwechsel: Wäre es beispielsweise für einen Vater akzeptabel, wenn es seine Tochter wäre, die von einem anderen Mann den „flotten Spruch“ gesagt bekommt? Genau da ist meiner Meinung nach die Grenze.

frau & info

CDU-Frauen der Bundesregierung

Im vierten Kabinett von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB sind mit den drei Bundesministerinnen Dr. Ursula von der Leyen MdB, Verteidigung, Julia Klöckner, Ernährung und Landwirtschaft sowie Anja Karliczek MdB, Bildung und Forschung, vier Staatsministerinnen bzw. Parlamentarische Staatssekretärinnen der CDU im Amt.



Foto: Elke Jung-Wolff

Seit 2013 ist die Berliner CDU-Politikerin **Prof. Monika Grütters MdB** Staatsministerin für Kultur und Medien. Staatsministerin Monika Grütters hat ein breit gefächertes Aufgabengebiet: Unter anderem fördert sie Kultureinrichtungen und vertritt die kultur- und medienpolitischen Interessen Deutschlands bei der EU.

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands **Annette Widmann-Mauz MdB** ist neue Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und unterstützt dort als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung des Zusammenlebens aller Menschen im Land – ob Deutsche und Ausländer, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Eine ihrer Hauptaufgaben besteht darin, die Integration der in Deutschland lebenden Einwanderer zu fördern.



Foto: CDU/Jan Kopecký



Foto: CDU/Jan Kopecký

Die Parlamentarische Staatssekretärin **Dr. Maria Flachsbarth MdB** aus dem Wahlkreis Hannover-Land hat vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gewechselt.

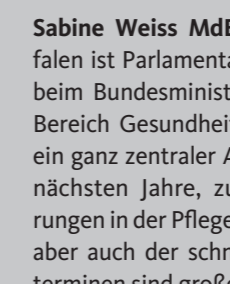


Foto: Axel Wolff

Sabine Weiss MdB aus Nordrhein-Westfalen ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. Der Bereich Gesundheit und Pflege ist für sie ein ganz zentraler Aufgabenbereich für die nächsten Jahre, zum Beispiel Verbesserungen in der Pflege, der Fachkräftemangel, aber auch der schnellere Zugang zu Arztterminen sind große Herausforderungen.